

1 **Thema: Bildung**

2 In der Kommune ist vielfach nur von KiTa-, Schul-, VHS-Gebäuden die Rede, viel zu wenig von
3 Bildung und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in diesen Einrichtungen leben und
4 lernen.

5 Dies ändert Die Linke: Wir nehmen Kinder, Jugendliche und Erwachsenen in den Blick und
6 verbinden die Aufgaben des „Trägers“ mit denen von Bildung, also der Entfaltung aller
7 Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen.

8 Wir wollen öffentliche Grundschulen und Kitas in jedem Ort erhalten oder schaffen. Außerhalb
9 der Ballungsräume fehlen massiv Gesamtschulplätze. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf
10 einen Gesamtschulplatz in NRW durchsetzen.

11 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

12 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die
13 durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht
14 die benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

15 Daher will Die Linke Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
16 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden
17 können und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
18 öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
19 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte
20 der Erwachsenenbildung genutzt werden können.

21 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für
22 Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen
23 multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren
24 Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere
25 Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten
26 und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft.
27 Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen
28 der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und
29 Beratungsräume nötig.

30 **Was wir wollen:**

- 31 - Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese
32 steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht
33 werden
- 34 - stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der
35 Schulentwicklungsplanung und insbesondere eine gemeinsame
36 Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger Kommunen
- 37 - Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert
38 an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch
39 Inklusion
- 40 - Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- 41 - Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den
42 Erkenntnissen moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 43 - digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

44 **Armut als Bildungshemmnis**

45 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der
46 Armutsforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der
47 Schüler*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes
48 Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas
49 getan werden. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die Linke eine Schule für ALLE als
50 Ganztagschule. Das gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher:innen und Studien
51 zeigen regelmäßig auf, wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

52 **Mehrsprachigkeit garantieren**

53 In den NRW-Schulen sind sehr viele natürlich-mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu
54 Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern vor Allem auf die Kinder und Enkel der
55 „Gastarbeitergenerationen“. Das Recht auf Erhalt der Familiensprache ist sowohl in der
56 Europäischen Union als auch in den Europaratsstaaten garantiert.

57 Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit sind deutsche
58 Staatsbürger:innen, unsere Kinder in der Kommune, die in ihrem Lernprozesse unterstützt
59 werden müssen.

60 Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder
61 und Jugendlicher. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“
62 Sprachen und aller Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

63 Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht
64 sein, denn diese Kinder lernen anders. Die Kommunen müssen das in den Blick nehmen, um das
65 Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess zu verhindern.

66 Das Land NRW hat in diesem Feld nicht nur vielfach akademische Expertise, sondern ebenfalls
67 ein breites Fortbildungsangebot, das es vor Ort zu nutzen gilt.

68 **Grundschule**

69 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
70 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
71 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden Linke-
72 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine
73 Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten
74 Kindern einrichten.

75 Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt
76 für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der
77 Grundschulen in NRW offene Ganztagsschulen, aber weniger als die Hälfte der
78 Grundschüler*innen hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz
79 bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim
80 ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für
81 Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Das
82 Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

83 **Die Linke fordert auf kommunaler Ebene:**

- 84 - sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztags
- 85 - Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen

- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schülerinnen und Schüler, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu verhindern, sodass Die Linke sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

Solange diese nicht realisiert sind, fordert Die Linke

- die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land, auch für die Qualitätsverbesserung

Sekundarstufe I

Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagsschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

Sekundarstufe II

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

Daher setzt sich Linke-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

Inklusion im Bildungsbereich

Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

Deshalb werden Linke-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann.

Daher wird Linke Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

127 Auch wenn sich Die Linke mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
128 ausspricht, so werden Linke-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren
129 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den
130 Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und
131 personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

132 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

133 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler:innenanzahl auf die
134 Schulstruktur massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von
135 Grundschulen, sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die
136 Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als
137 Lippenbekenntnis statt!

138 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkinder nachteilige
139 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich ist kein Hindernis für den
140 Schließungswahn. Da es schon seit langem keinen reinen Schülerverkehr mehr gibt, kommen
141 noch Wartezeiten im ÖPNV hinzu.

142 Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die
143 Kommune glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt
144 noch ein Angebot für Fünftklässler machen kann.

145 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität; die Folgen sind sofort spürbar:
146 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt
147 schon mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen
148 Gesamtschulplatz; auch auf dem Lande liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der
149 vorhandenen freien Plätze.

150 Daher wird sich Linke Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen einsetzen sowie für
151 Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für alle
152 realisierbar.

153 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

154 Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche
155 vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr
156 unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das
157 Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an
158 Institutionen bzw. Schulformen.

159 Hier will Linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs,
160 Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass
161 Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

162 **Weiterbildung**

163 Die Linke NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und
164 einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung.
165 Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, auch wenn ein besonderes Augenmerk und
166 besondere Förderung sich angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung richten muss auf die
167 politische Bildung! Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum
168 Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen,

nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der Stellenabbau dort müssen dringend geändert werden.

1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage

Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative zur Novellierung des Landesweiterbildungsgesetzes.

Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten tragen. „Nur wer hat, dem wird gegeben!“ Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert. Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WBG NRW) wie die Pflichtaufgabe, der Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit hochgradig gefährdet.

Wir fordern

- Von der Landesregierung fordern wir Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW). 1 % des Landesbildungsbudgets sollen für die Förderung der Weiterbildung im Lande, für Angebots- und Beschäftigungsqualität kurzfristig zur Verfügung stehen, wie auch die GEW NRW fordert.
- Von den Kommunen und Gebietskörperschaften als Träger erwarten wir, dass sie die Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von Volkshochschulen oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich bereitstellen und aufstocken. Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist angesichts der gesellschaftlichen Lage und fehlender „aufklärender Bildung“ dringend geboten.
- eine langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen in dem Gutachten „Finanzierung lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-Kommission“.
- bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden und für jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die länderspezifischen Regelungen für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge für ein Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern

Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen

Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss verhindert werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner

212 kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden
213 Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

214 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,
215 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.

216 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine
217 wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen
218 sichern.

219 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden
220 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller
221 Lernnetzwerke.

222 **Wir fordern**

- 223 - das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur
224 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der
225 allgemeinbildenden Schulen zählt.
- 226 - Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
227 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden,
228 allgemeinwohlbezogenen Weiterbildung: Integrationskurse für Migrantinnen und
229 Migranten, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein
230 Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese sind ohne
231 oder nur mit geringem Teilnehmerentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden
232 Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.
- 233 - Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt
234 immer mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und
235 technischer werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe
236 und Zusammenhänge notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung
237 müssen die Angebote in der Regel entgeltfrei sein.
- 238 - Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am
239 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche
240 der Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und
241 die Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt
242 abzubauen. Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.
- 243 - Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre
244 Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und
245 kultursensible Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit
246 klientenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem,
247 wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit tariflicher Eingruppierung wie bei den
248 Mitarbeiter:innen der Volkshochschulen auch.

249 **2. Prekäre Arbeit abschaffen**

250 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen,
251 dass Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird.
252 Nach einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen.

253 Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse
254 in feste Stellen und damit eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen-
255 und Weiterbildung.

256 **Wir fordern**

- 257 - Den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ist ein Honorar pro Unterrichtsstunde von
258 mindestens 36 € zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag
259 Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden.
- 260 - Mehr Stellen zu schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD.
261 Das setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen
262 Personalkosten kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend
263 ausgerichtet wird. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- 264 - Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und
265 Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in
266 der Weiterbildung. (vgl. den Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-
267 Selbständigkeit in Deutschland. Aktuelle Reformoptionen“).

268 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

269 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule
270 sind vor Ort. Die Linke vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 271 - Wohnen: Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und
272 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht
273 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- 274 - Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die
275 Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der
276 Taktzeiten auf die Hochschulbedürfnisse.
- 277 - Studierenden-Card: Die Linke will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten
278 auch für Studierende ermöglichen.